

Unsere politische Aufgabe ist es, den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Freizeit- und Kulturraum zu bewahren und zu entwickeln. Dazu gehört eine strukturtragende Landbewirtschaftung, die sowohl die gesunde Ernährung der Bevölkerung auf der Grundlage eines angemessenen Eigenversorgungsanteils gewährleistet als auch die Erhaltung der Kulturlandschaft sicherstellt. Dazu braucht es eine leistungsfähige Ernährungswirtschaft, die sich im regionalen, deutschen und europäischen Markt behaupten kann. Dazu gehört professionelles Agrarmarketing, wie wir es gestern abend kennenlernen konnten.

Meine Fraktion mißt dieser Aufgabe eine herausragende Bedeutung zu. Das drückt sich auch dadurch aus, daß die Mittelbereitstellung im Haushalt 1996 angemessen erhöht werden konnte. Jetzt können wir einen weiteren Schritt zulegen. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, daß es sich für alle lohnt.

Meine Damen und Herren! Die Drucksache 2/1579 soll mit der heutigen Aussprache für erledigt erklärt werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Iltgen: Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 10 beendet. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 11

Braunkohle-Strombedarfsprognose als Grundlage für den Bau des Kraftwerkes Lippendorf II

Drucksache 2/2438, Antrag der Fraktion der PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: CDU 10 Minuten, SPD und PDS jeweils 5 Minuten. Die Reihenfolge: PDS, CDU, SPD, CDU; Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile der Fraktion der PDS als Einreicherin das Wort; Frau Roth, bitte.

Frau Roth, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn in Sachsen ein neues Kraftwerk gebaut werden soll, wie das Braunkohlenkraftwerk Lippendorf II, das voraussichtlich ab der Jahrtausendwende vierzig Jahre arbeiten wird, so ist die Frage berechtigt, ob der in diesem Kraftwerk in zwei 800-MW-Blöcken erzeugte Strom überhaupt gebraucht wird.

(Zuruf von der CDU: Ha, ha, ha!)

Unser Antrag zielt auf eine Braunkohle-Strombedarfsprognose für Sachsen und andere Bundesländer bis 2040, das heißt über den Zeitraum, in welchem das Kraftwerk Lippendorf II arbeiten soll. Wichtig ist zu wissen, daß bundesweit ein Stromangebot existiert, welches 30 % über der Lastspitze liegt, in Bayern sogar 40 %. Aber genau nach Bayern und Baden-Württemberg soll der Strom aus einem der Blöcke vom Südraum Leipzig aus fließen.

Die langfristige Braunkohle-Strombedarfsanalyse ist die Grundlage für eine seriöse Braunkohlenplanung auch im Südraum Leipzigs. Von der Braunkohlenplanung wiederum ist das Schicksal der Gemeinde Heuersdorf abhängig. Mit der Braunkohle-Strombedarfsanalyse und -prognose ließe sich energiewirtschaftlich der Nachweis führen, daß Heuersdorf der Kohle weichen muß. Vom kulturellen und humanistischen Standpunkt aus wäre der Abriß allerdings auch dann nicht gerechtfertigt.

Aber bleiben wir bei der Braunkohle-Strombedarfsprognose. Die Europäische Union, der Bund, die Länder und Kommunen bemühen sich – wie Wirtschaft und Verbraucher –, Energie zu sparen. Zahlreiche Energiesparprogramme werden aufgelegt, sie zeigen Erfolg. Eine zu erwartende Energiesteuer wie auch der verstärkte Einsatz regenerativer Energien, Bemühungen der CO₂-Reduzierung im Interesse des Klimaschutzes – all das verschlechtert die Rahmenbedingungen für den Einsatz ostdeutscher Braunkohle. Die Prognose ist im höchsten Maße unsicher.

Davon geht auch die Staatsregierung in ihrer Antwort auf unseren Antrag aus. Aussagen nach 2020 sind – Zitat – „sehr vage“. Auf der Grundlage dieser vagen Aussagen wurde die Entscheidung für den Bau von Lippendorf II getroffen, erfolgte der erste Spatenstich durch Herrn Ministerpräsidenten Biedenkopf. Es war der Spatenstich für ein Kondensationskraftwerk, das heißt einen Dinosaurier unter den Kraftwerken, weil bei dieser Technologie größere Mengen von Wärme an die Umwelt abgegeben werden. Gleichzeitig werden jährlich 10 Millionen Tonnen CO₂ ausgespuckt, in 40 Jahren 400 Millionen Tonnen. Ist das der Beitrag Sachsens zum Klimaschutz?

In der Antwort der Staatsregierung heißt es dazu: „Das Kraftwerk Lippendorf II ist eines der umweltfreundlichsten Kraftwerke überhaupt.“ Das ist unseres Erachtens eine Verhöhnung derjenigen, die sich um Klimaschutz bemühen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Durch die Prognos AG Zürich wird prognostiziert, daß der Strombedarf in Ostdeutschland ansteigen wird, aber – und das verschweigt die Antwort der Staatsregierung – der Anteil des Erdgases an der Verstromung wird wesentlich wachsen. Diese Tendenz ist schon jetzt in Sachsen sichtbar.

Die Braunkohleverstromung hatte 1992 folgende Einsatzmenge: Neue Bundesländer 86 Millionen Tonnen, 1993 82 Millionen Tonnen, 2015 werden es 69 Millionen Tonnen sein. Das heißt, im Jahre 2015 werden 13 Millionen Tonnen Braunkohle weniger verstromt als 1993.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, warum geben Sie diese Zahlen in Ihrer Antwort nicht bekannt? Warum nennen Sie nur den Nettozubau an Kraftwerkskapazität für Gesamtdeutschland?

Sie argumentieren weiter in Ihrer Antwort, daß eine wirtschaftliche Tagebauführung über 40 Jahre nur durch die Inanspruchnahme der Ortslage von Heuersdorf zu erreichen ist. Der Kohlebedarf wird von der Annahme aus geplant, daß das Kraftwerk fast ausschließlich in der Grundlast betrieben wird, d. h. mit 7 500 Betriebsstunden pro Jahr. Diese Stundenzahl wurde bisher in keinem deutschen Kraftwerk auch nur annähernd erreicht. Durchschnittlich arbeiten deutsche Kraftwerke 5 773 Stunden pro Jahr. Schon bei 7 100 Stunden, die in Deutschland noch nie erreicht wurden, würde sich der Kohlebedarf so verringern, daß die Kohle unter Heuersdorf nicht gebraucht würde.

Außerdem ist jetzt schon klar, daß Lippendorf II nach 25 bis 30 Jahren als völlig veraltetes Kraftwerk stillgelegt wird.

Meine Damen und Herren! Für die Erschließung eines neuen Ortes Heuersdorf sind rund 20 Millionen DM geplant. Diese Millionen sollten zur Förderung regenerativer Energien verwendet werden. Heuersdorf wäre dann nicht das 24. für die Kohle geschliffene sächsische Dorf, sondern ein Signal für die Energiewende in Sachsen.

(Beifall bei der PDS)

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Und die CDU-Fraktion, Frau Abg. Einsle, bitte.

Frau Einsle, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die von Frau Roth angesprochene Studie enthält für mich drei wesentliche Aussagen:

1. Der Stromverbrauch in Deutschland wird von 2000 bis 2020 leicht ansteigen.
2. Die Export-Import-Bilanz läßt erkennen, daß im Jahr 2000 55,6 Terrawattstunden importiert werden müssen gegenüber 20,1 Terrawattstunden Exportstrom. Diese Zahlen verändern sich bis 2020 zwar, eine Schere zugunsten des Imports bleibt jedoch.
3. Der Anteil des Braunkohlestroms verändert sich im Vergleich nur unwesentlich.

Welcher Zusammenhang soll nun zum Neubau des Kraftwerkes Lippendorf hergestellt werden?

Ich möchte zunächst eine Verbindung zur heutigen Debatte in diesem Haus zur wirtschaftlichen Situation herstellen. Gerade Herr Porsch hat im Namen seiner Fraktion der Staatsregierung und der CDU-Fraktion mangelnde Konzepte zur Arbeitsmarktsicherung vorgeworfen. Hat sich der Staat an Investitionen beteiligt, war das falsch. Hat er sich nicht beteiligt, war es auch falsch. Aber das kannten wir ja schon.

Nun ist im Südraum Leipzig, in Lippendorf, eine Großinvestition begonnen worden, die ihresgleichen sucht. Grundlage bilden die Privatisierungsverträge der Mitteldeutschen Braunkohle AG und der Vereinigte Energiewerke AG. Ich werde sie im folgenden nur Mibrag und Veag nennen.

Gemäß Energiewirtschaftsgesetz, wonach „jedes Energieunternehmen die Stromversorgung sicher, preiswert, umwelt- und ressourcengerecht wahrzunehmen hat“, hat die Veag als Verbundunternehmen die Versorgung in den neuen Ländern flächendeckend zu gewährleisten. Das bedeutet auch, daß das Unternehmen die Energiebilanz selbst herstellen muß.

Die Veag baut Kraftwerke auf Braunkohlebasis – in Schwarze Pumpe 800 MW, in Boxberg 2 x 800 MW –, wobei ein Block zeitversetzt entstehen wird, und eben in Lippendorf die 2 x 800 MW Grundlast. In Summe entstehen damit einschließlich Mehrleistung ca. 5 000 Megawatt neu. Gleichzeitig mit Inbetriebnahme werden die bis dato mit Sondergenehmigung betriebenen Altkraftwerke abgestellt, die zur Zeit insgesamt 8 000 Megawatt Strom liefern. Die Differenz muß durch den Stromverbund ausgeglichen werden.

In den alten Bundesländern werden in der Regel nur Ersatzinvestitionen durchgeführt.

Im übrigen gebe ich zu bedenken, daß die neuen Braunkohlenkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 0,42 arbeiten gegenüber 0,3 in den alten Anlagen.

(Franke, CDU: So ist das!)

Neben der besseren Ausbeute sind die auf technischem Höchststand befindlichen Verbrennungsanlagen wesentlich umweltfreundlicher.

Die langen Verhandlungen zur Privatisierung der mittelsächsischen Braunkohlentagebaue waren nur erfolgreich, indem der Neubau des Kraftwerkes Lippendorf gesichert, d. h. die Abnahme einer ausreichend großen Menge Braunkohle gewährleistet wurde. In dem Fall ist die Förderung von 10 Millionen Tonnen pro Jahr mal 40 Jahre gleich 400 Millionen Tonnen aus dem Tagebau Vereinigte Schleenhain in einem Vertrag zwischen den Energieversorgungsunternehmen Badenwerk, Bayernwerk AG, Energieversorgung Schwaben AG, Veag einerseits und der Mibrag andererseits geregelt.

Der Absatz des produzierten Stroms gilt aufgrund des Energiemonopols als gesichert. Weil Energieversorgung keinem Wettbewerb ausgesetzt ist, gilt das Kraftwerk als sicherste Investition.

Die 4,5 Milliarden DM schaffen Arbeitsplätze nicht nur im Kernbereich des Kraftwerkes und des Tagebaus, sondern auch in den Bauphasen einschließlich der Fernwärmeversorgung der Stadt Leipzig und zwei Gipsfabriken.

Des Weiteren ist nach Inbetriebnahme der genannten Unternehmen von einem jährlichen Auftragsvolumen für Dienstleistungen, Instandhaltung und weitere Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen DM auszugehen. Ich möchte betonen, daß es sich hierbei um subventionsfreie Arbeitsplätze handelt.

Nicht zum ersten Mal behandeln wir in diesem Hohen Haus in diesem Zusammenhang das Schicksal der Gemeinde Heuersdorf. Die PDS-Fraktion rückt damit wieder ein recht medienwirksames Thema in den Vordergrund, und das scheint mir der einzige Sinn dieses Antrages zu sein.

Viele wissen, daß wir, die CDU-Fraktion, die Staatsregierung, aber auch wir im Landkreis, uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Nach langen, schwierigen Verhandlungen ist aber klar: Die Braunkohlenmenge, die in Schleenhain ohne Überbaggerung von Heuersdorf förderfähig wäre, reicht nicht aus, um den von mir eingangs genannten Kohleliefervertrag zu erfüllen. Was wären die Folgen?

Die Restmenge müßte aus anderen Vorratsflächen kommen, aus dem Groitzscher Dreieck vielleicht. Doch da würde neben dem zu betreibenden technischen Aufwand eine ebenso ökologisch schwierige Landschaft betroffen und damit neue Proteste durch neue, andere Schwierigkeiten hervorgerufen.

Heuersdorf will leben. Heuersdorf wird weiterleben. Aber an einem anderen Ort.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Kraftwerk und Braunkohlenförderung hat einen Vertrag für die Umsiedlung der betroffenen Bürger entstehen lassen, der großzügige Entschädigung sichert. Ich möchte die Konditionen hier nicht nennen, hoffe aber, daß alle Einwohner bald zustimmen können.

Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, daß der geschlossene Vertrag zum Bau des Kraftwerkes Lippendorf und die damit verbundenen Kohlelieferverträge rechtlichen Bestand haben, somit weder von uns noch von der

Staatsregierung geändert werden können, werden wir heute erst recht keinen anderen politischen Willen zum Ausdruck bringen.

Wir haben den Investitionen erste Priorität eingeräumt, gleichzeitig den Heuersdorfern tiefgründige Prüfungen zugesichert, ob trotzdem ihr Ort stehenbleiben kann. Da beides nun doch nicht vereinbar ist, wurde mit dem angebotenen Heuersdorf-Vertrag das Versprechen einer großzügigen Entschädigung eingehalten.

Der Antrag der PDS ist damit gegenstandslos und von der CDU-Fraktion abzulehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Ich rufe die SPD-Fraktion auf. Bitte, Herr Abgeordneter.

Plobner, SPD: Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen! Meine Herren! Sachsen ist ein Land, das mit ökonomisch gewinnbaren Rohstoffen wahrlich nicht reich gesegnet ist. Allerdings gibt es eine Ausnahme. Diese Ausnahme ist unsere einheimische Braunkohle. Sowohl im Raum Leipzig als auch im Osten unseres Freistaates lagern ganz beträchtliche Vorräte, die in ihrer Größenordnung sowohl in Deutschland als auch in Europa an vorderster Stelle der Statistik stehen.

Bodenschätze werden aber dann erst interessant, wenn sie einer sinnvollen volkswirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Die Betonung liegt dabei auf „sinnvoll“. Gerade hier ist aber mit der Braunkohle in der Vergangenheit sehr schlimm umgegangen worden. Daher rühren auch heute noch Akzeptanzprobleme mit diesem Energieträger.

In der DDR wurde die Braunkohle zur Hauptenergiequelle sowohl für den Hausbrand wie für die Fernwärmeversorgung, aber auch für Wärmeerzeugung in der Industrie und zur Elektroenergieerzeugung für Industrie und Haushalte. Das hatte zur Folge, daß die Förderung auf solche Größenordnungen angehoben wurde – zuletzt waren es über 300 Millionen Tonnen im Jahr –, daß kein geregelter Abbau mehr möglich war. Der Bergmann nennt solche äußerst intensive Nutzung einer Lagerstätte Raubbau. Dieser Raubbau hatte enorme Folgen für die Umwelt. Die Betriebe waren nicht mehr in der Lage, ihre verbrauchten Abbauflächen zu rekultivieren. Mit den Folgen werden wir noch Jahre zu kämpfen haben. Die Verbrennung der Braunkohle erfolgte in überalterten Kraftwerken mit ineffizientem Kohleeinsatz und äußerst umweltschädlichen Emissionen. Der Transport der Braunkohle durch die gesamte DDR im Schienenverkehr war wegen des geringen Heizwertes unökonomisch und belastete die Umwelt in einem unverträglichen Ausmaß. Die Verwendung von Braunkohlenbriketts im Hausbrand verschmutzte Städte und Dörfer.

Seit 1990 haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Durch den Einsatz anderer Energieträger, wie Erdgas und Öl, in den Haushalten und in der Industrie war es möglich, den Braunkohleneinsatz in diesen Bereichen entscheidend zurückzufahren – mit allen Vorteilen, die daraus für die Umwelt entstehen. Damit konnte auch die Förderung der Braunkohle drastisch gesenkt werden. Das war mit einem schmerzlichen Abbau von Arbeitsplätzen verbunden.

Aber ein Feld bleibt für die Braunkohle: Das ist die Stromerzeugung in Kraftwerken in unmittelbarer Nähe des Abbaus.

(Beifall bei SPD und CDU)

Hier bietet sich für die eingangs von mir erwähnten beträchtlichen Vorräte in Sachsen eine große Chance. Meine Fraktion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, die einheimische Braunkohle zur Verstromung zu benutzen. Daher haben wir uns immer für den Bau von Lippendorf II ausgesprochen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dort wird eines der modernsten Kraftwerke der Welt entstehen, das den steigenden Energiebedarf, Frau Roth, der nächsten Jahre und Jahrzehnte abdecken wird.

Wenn ich an die Diskussion heute morgen denke, dann wundere ich mich schon über die Intention des PDS-Antrages.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Es ist erstaunlich, wie man in sechs Stunden eine solche 180°-Kurve hinbekommt. Heute früh haben Sie gefordert, daß sich der Freistaat mehr für Arbeitsplätze einsetzen soll. Jetzt fordern Sie das Gegenteil.

(Beifall bei SPD und CDU –
Widerspruch bei der PDS)

Aber mit Lippendorf II werden rund 5 000 Arbeitsplätze gesichert. Ein besseres Arbeitsplatzbeschaffungs- und -erhaltungsprogramm für diesen Landstrich im Süden Leipzigs kann ich mir gar nicht vorstellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Außerdem muß erwähnt werden, daß in diesem Kraftwerk subventionsfrei – das betone ich noch einmal – Braunkohle in Strom verwandelt wird.

Natürlich ist es bedauerlich, daß die Ortschaft Heuersdorf dem Tagebau Vereinigte Schleenhain weichen muß. Aber in der Demokratie stellt sich die Frage nach den Mehrheiten. Wenn es hier um den jahrzehntelangen Erhalt vieler Tausender Arbeitsplätze geht, hat das eben Vorrang vor dem Erhalt eines Dorfes mit einigen hundert Einwohnern.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich gehe im übrigen davon aus, daß es für die Umsiedlung von Heuersdorf sehr großzügige finanzielle Regelungen geben wird.

Lassen Sie mich abschließend auf einen Fakt hinweisen, der im Zusammenhang mit der Weiterführung von Braunkohlentagebauen auch noch festzustellen ist: Wir brauchen den lebenden Bergbau, um einen Teil der erwirtschafteten Erlöse u. a. für die Beseitigung der Rekultivierungsrückstände des toten Bergbaus aus den vergangenen Jahren einzusetzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

In diesem Sinne lehnen wir den PDS-Antrag ab. Ich rufe den Kumpels im Tagebau Vereinigte Schleenhain und im zukünftigen Kraftwerk Lippendorf II von hier aus ein herzliches „Glück auf!“ für ihr großes Vorhaben zu.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Besteht bei der CDU noch Redebedarf? – Das ist nicht der Fall. Dann die Staatsregierung. Bitte, Herr Minister Milbradt.

Prof. Dr. Milbradt, Staatsminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Fakten nachtragen. Zum einen wird bis zum Jahre 2020 mit einem Zuwachs des Bruttostromverbrauchs von 23 % gerechnet. Speziell für die neuen Bundesländer – das hoffen wir ja alle – wird der Stromverbrauch stärker steigen, da wir im Augenblick eine relativ schwache Industriebasis haben. All das, was heute in der Vormittagsdiskussion gefordert worden ist, nämlich die Wirtschaft zu fördern, wird sich natürlich auch irgendwo in vermehrtem Stromverbrauch niederschlagen.

Um die geforderte zusätzliche Stromerzeugung von 23 % bereitstellen zu können, brauchen wir 13 500 Megawatt an Kraftwerkskapazität. In Lippendorf reden wir über eine Kapazität von 1 600 Megawatt, also von einem Bruchteil davon.

Zur Denkschrift „Rettet die Region Heuersdorf!“ möchte ich zunächst einmal darauf hinweisen, daß nach dem derzeitigen technologischen Stand der Ersatz der Kapazität eines Kraftwerkes in Lippendorf durch erneuerbare Energie mindestens fünffach höhere Investitionen erfordern würde, die – das will ich ganz deutlich sagen – entweder über Subventionen oder wahrscheinlich vom Verbraucher über höhere Preise zu bezahlen wären. Die Konsequenz, die sich daraus für den Standort Sachsen ergeben würde, liegt auf der Hand.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß man natürlich die sächsische Stromversorgung nicht nur auf erneuerbare Energie aufbauen kann. Was passiert denn eigentlich, wenn der Wind nicht weht und wenn die Sonne nicht scheint?

Ich möchte es ganz deutlich sagen, meine Kollegen von der PDS: Ich halte es für unseriös, Ängste und Emotionen von Menschen zu schüren, denen wir im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeitsplätze ein Sonderopfer abverlangen, um damit möglicherweise auch wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund der Diskussion zu rücken!

Meine Damen und Herren! Die Denkschrift will glauben machen, daß derzeit bereits die Energieversorgung von Lippendorf durch erneuerbare Energiequellen preiswert und sicher möglich ist. Das ist eine Träumerei, oder besser gesagt: Das ist eine Täuschung der Bevölkerung!

(Beifall bei der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Lippendorf wird nämlich nicht irgendwann gebaut, sondern heute, und zwar auf der Grundlage von Planungen, die realistisch sind.

Einige Zahlen zur arbeits-, wirtschafts- und strukturpolitischen Bedeutung. Im Kraftwerk Lippendorf werden während des Betriebs ca. 300 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, also dauerhaft. Hinzu kommen weitere 4 500 Arbeitsplätze im Braunkohlentagebau sowie in den Zulieferbetrieben, vorrangig innerhalb der Region, auch auf Dauer. Weiterhin werden in der Bauphase 2 000 und in der Spitze 3 000 Arbeitskräfte im Einsatz sein, in der Regel auch aus der Region oder aus nicht allzuweit entfernten Gebieten. Daß eine Investition von 5 Milliarden DM ein

riesiges Wirtschaftsaufbauprogramm darstellt, dürfte doch in diesem Haus unbestritten sein.

(Beifall bei der CDU)

Ein Großteil der Aufträge dieses Kraftwerks, insbesondere die Bauleistungen, werden in den neuen Bundesländern verbleiben. Daneben erfordert der Betrieb des Kraftwerks pro Jahr Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen von rund 70 Millionen DM. Auch dies trägt zu einer kontinuierlichen Wertschöpfung in der Region bei.

Meine Damen und Herren! Die Beispiele zeigen, daß solche Projekte wie Lippendorf Eckpfeiler eines Aufschwungs in Sachsen sind. Wir sollten uns daher genau überlegen – das meine ich insbesondere zur PDS –, ob wir durch unsere Debatten dem Projekt und damit den Menschen in der Region – das sind nicht nur die Arbeitnehmer in der Energie- und in der Zulieferindustrie – eher helfen oder schaden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es vielleicht noch etwas deutlicher sagen: Wer derartig doppelzünftig argumentiert, indem er am Vormittag die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt beklagt und am Nachmittag fordert, daß Maßnahmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zur Förderung unseres Wachstums unterlassen werden, der will offensichtlich an einer richtigen, rationalen Diskussion nicht teilnehmen, sondern er möchte im Grunde genommen nur unsere Bevölkerung verunsichern.

(Beifall bei der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Das Schlußwort hat die Fraktion der PDS. Frau Roth, bitte.

Frau Roth, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Milbradt, das ist kein Antrag gegen Lippendorf, sondern das ist ein Antrag für Heuersdorf. Die Intention des Antrages hat keiner der Redner verstanden.

(Frau Einsle, CDU:
Das gehört doch zusammen!)

Frau Einsle, ich bzw. ein Teil der PDS-Fraktion haben Zweifel an dem, was Sie sagten, nämlich daß beides, Lippendorf II zu bauen und die Heimat der Heuersdorfer zu retten, vereinbar ist. Argumente, die diese Zweifel nähren, habe ich heute vorgetragen. Um nichts anderes ging es. Es war keine Polemik gegen Lippendorf II. Deshalb verstehe ich auch die Reden, die hier gehalten wurden, nicht. Ich möchte auch mein Schlußwort in diesem Sinne verstanden wissen. – Herr Franke, wir unterhalten uns bitte hinterher. Ich möchte jetzt noch einiges sagen.

Meine Damen und Herren! Wir sollten aus der jüngsten Geschichte nach 1989 lernen. Zu DDR-Zeiten wurden Dörfer in der Braunkohlenregionen weggebaggert, ohne daß die Bürger eine Chance zur Mitsprache und zur Mitentscheidung hatten. Sie wurden umgesiedelt, meistens in anonyme Neubaublöcke. Ihre Heimat, ihre Dorfkultur und die zwischenmenschlichen Beziehungen wurden vernichtet. Die Braunkohlenpolitik der SED zerstörte die Natur in Dimensionen, so daß noch Generationen damit beschäftigt sein werden, menschenwürdige Kulturlandschaften wiederherzustellen.

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Roth, PDS: – Wenn die Uhr angehalten wird, lasse ich eine Zwischenfrage zu.

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Bitte, Herr Franke.

Franke, CDU: Frau Roth, wenn Sie Bedenken zu irgend etwas haben und darüber sachlich diskutieren möchten, muß ich Sie fragen: Halten Sie es für eine verantwortbare Äußerung, wenn Sie ein Braunkohlenkraftwerk mit einem Wirkungsgrad von fast 45 % für einen technischen Dinosaurier halten und es so bezeichnen?

Frau Roth, PDS: Es geht um die Art der Kondensationskraftwerke, Herr Franke. Ich würde mich gern mit Ihnen darüber unterhalten. Es ging in dem Antrag und auch in der Begründung des Antrages um den Erhalt von Heuersdorf, und zwar trotz Lippendorf und auch mit Lippendorf. Um nichts anderes ging es! Die Argumentation, die jetzt vorgetragen wurde, ging demzufolge am Thema vorbei.

(Franke, CDU: Wenn Sie das Protokoll lesen, werden Sie feststellen, daß Sie davon beim erstenmal nicht gesprochen haben!)

Ich sprach gerade von der Braunkohlenpolitik der SED und davon, daß noch Generationen damit beschäftigt sein werden, wieder menschenwürdige Kulturlandschaften zu gestalten.

Wie sieht es nach 1989 in Sachsen aus? – Die Staatsregierung setzt wiederum auf Braunkohle als Hauptenergieträger.

(Plobner, SPD:

In einem ganz anderen Maßstab, Frau Roth!)

– Hören Sie mir doch erst einmal zu!

Nach 1992 hat der damalige Innenminister Eggert den Denkmalschutzstatus des Dorfes Werbelin nördlich von Leipzig aufgehoben, und der damalige Regierungspräsident Steinbach gab die Genehmigung, das Dorf abzureißen. Wenige Monate nach dem Zusammenschieben des letzten Rundlingsdorfes von Sachsen mit einer schönen Kirche stellte die Mibrag fest, daß sie den an Werbelin grenzenden Tagebau nicht weiterführen wird. Werbelin wurde somit sinnlos der Braunkohlenpolitik geopfert. Die über Jahrhunderte gewachsene Dorfkultur – das Dorf

wurde in Schulbüchern als letztes Beispiel für einen Rundling geführt – ist unwiederbringlich verloren.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Sie in der ersten Legislaturperiode in diesem Hohen Hause waren! Sicherlich erinnern Sie sich noch an Klitten in der Lausitz. Im Frühjahr 1990 faßte die Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Modrow den Beschluß, das Dorf Klitten nicht für die Braunkohle wegzureißen. Herr Ulbricht, Sie waren damals Bürgermeister von Klitten und kämpften gemeinsam mit Mitgliedern anderer Parteien, auch der PDS, um den Erhalt des Ortes. Gemeinsam waren Sie erfolgreich.

Heuersdorf soll das Schicksal von Klitten erfahren, nicht das von Werbelin! Lassen Sie uns hier überparteilich im Interesse der Menschen, des Erhaltes ihrer Kultur und der Bewahrung der Natur entscheiden!

(Beifall bei der PDS)

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 2/2438 zur Abstimmung. – Moment, ich sehe noch eine Wortmeldung. Herr Abg. Schowtka, bitte.

Schowtka, CDU: Ich stelle im Namen der CDU-Fraktion den Antrag auf namentliche Abstimmung.

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Einen Augenblick bitte, wir müssen das vorbereiten. – Ich muß nachfragen, von wem der Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützt wird. – Das ist in Ordnung. Wir bereiten die namentliche Abstimmung vor.

Meine Damen und Herren! Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Bitte, Frau Weber.

Frau Weber, CDU: Namentliche Abstimmung zur Drucksache 2/2438, beginnend mit dem Buchstaben A.

(Namentliche Abstimmung – siehe Anlage)

Ist noch jemand im Saal, den ich nicht aufgerufen habe? – Danke schön.

2. Vizepräsidentin Frau Hubrig: Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Mit Ja stimmten 9 Abgeordnete, mit Nein 78, und es gibt 6 Stimmenthaltungen. Damit ist die Drucksache nicht beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 12

Umsetzung Landtagsbeschluß: „Geschlossener Jugendwerkhof Torgau“

Drucksache 2/1103, Antrag der Fraktion der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Redezeiten: CDU 10 Minuten, SPD 5 Minuten, PDS 5 Minuten. Die Reihenfolge in der ersten Runde: SPD, CDU, PDS, CDU; Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile der Fraktion der SPD als Einreicherin das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Frau Ernst, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag meiner Fraktion Umsetzung Landtagsbeschluß: „Geschlossener Jugendwerkhof Torgau“

vom 19. Mai 1995 bezieht sich auf einen Antrag der SPD-Fraktion aus der 1. Legislaturperiode, eingebracht am 8. November 1993. Er wurde vom Sächsischen Landtag in der 86. Sitzung am 28. Januar 1994 behandelt und als Änderungsantrag einstimmig beschlossen.

Der Beschluß legt fest, daß sich die Staatsregierung beim Bund dafür einsetzt, den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau als bundesweit einmalige Einrichtung in die Liste der Gedenkstätten aufzunehmen. Darüber hinaus soll von

Namentliche Abstimmung

Anlage

in der 31. Sitzung

Gegenstand der Abstimmung: Drucksache 2/2438

am 28.3.1996

Namensaufruf durch Abg. Frau Weber, CDU, beginnend mit dem Buchstaben A

	Ja	Nein	Stimm- enth.	nicht teilg.		Ja	Nein	Stimm- enth.	nicht teilg.
Adamczyk	x				Leroff		x		
Adler				x	Dr. Lippmann		x		
Albrecht				x	Lochbaum		x		
Bandmann		x			Ludwig, Barbara		x		
Bartl	x				Mädler		x		
Bellmann, Veronika		x			Prof. Dr. Mannsfeld		x		
Beyer		x			Mattern, Ingrid				x
Prof. Dr. Biedenkopf				x	Dr. Metz		x		
Bolick				x	Meyer, Christine		x		
Dr. Böttrich		x			Prof. Dr. Milbradt		x		
Prof. Dr. Bramke	x				Möckel		x		
Dr. Bretschneider, Ulrike	x				Dr. Münch		x		
Clauß, Gisela		x			Nicolaus, Kerstin				x
Colditz		x			Nitzsche		x		
Dürschmidt				x	Dr. Nowak		x		
Eggert				x	Ostrowski, Christine			x	
Einsle, Siegrun		x			Petzold, Ingrid		x		
Enders				x	Pfeifer		x		
Ernst, Christine		x			Pietzsch		x		
Flath		x			Plobner		x		
Franke		x			Prof. Dr. Porsch	x			
Dr. Friedrich			x		Rasch		x		
Gangloff, Maria		x			Reber		x		
Dr. Geisler		x			Reichardt, Monika		x		
Gerlach		x			Richter, Hans Jürgen				x
Goliasch				x	Richter, Joachim		x		
Götzel		x			Dr. Röbler				x
Groß				x	Roth, Andrea	x			
Dr. Grüning		x			Dr. Runge, Monika	x			
de Haas, Friederike				x	Sandig		x		
Dr. Hähle		x			Schiemann				x
Dr. Hahn, André				x	Schimpff		x		
Hahn, Andreas				x	Schneider, Angela			x	
Hatzsch		x			Schönfeld, Eva Maria		x		
Hauck		x			Schowitzka		x		
Heinz		x			Schulmeyer				x
Heitmann		x			Schulz, Regina			x	
Henke, Rita		x			Dr. Schwarz, Gisela		x		
Hermsdorfer		x			Seidel, Heide		x		
Hilker				x	Seidel, Rolf		x		
Hubrich		x			Stachorra, Ruth		x		
Hubrig, Andrea		x			Steinert				x
Ilgen		x			Stempell		x		
Dr. Jähnichen			x		Teubner		x		
Dr. Jahr		x			Thomaschk		x		
Jurk		x			Dr. Thürmer		x		
Kannegießer		x			Dr. Tiedt				x
Kehl		x			Ulbricht				x
Keller-Strempel, Karin		x			Vaatz		x		
Klein, Gudrun		x			Dr. Volkmer, Marlies			x	
Klönert				x	Wappler				x
Kosel	x				Weber, Christine		x		
Kühnrich		x			Wehnert		x		
Kulscher		x			Wehnert, Margit		x		
Dr. Kunckel				x	Windisch, Uta		x		
Kupfer		x			Winkler		x		
Lämmel		x			Witzschel		x		
Dr. Langer			x		Wünsche, Eva-Maria		x		
Lattmann-Kretschmer, Gunild				x	Zschoche, Brigitte	x			
Lehmann		x							
Lehner		x							
Ergebnis der Abstimmung:									
		Jastimmen:	9						
		Neinstimmen:	78						
		Stimmhaltungen:	6						
		Gesamtstimmen:	93						